

Deutscher Hanfverband

	F	A
1	Wie stehen Sie zu den Plänen der Bundesregierung, den Besitz geringer Mengen Cannabis (lt. Gesetzentwurf 25g) und den privaten Anbau einiger Cannabispflanzen für den Eigenkonsum zu erlauben sowie Cannabis-Anbauvereine einzuführen?	Wir Freie Demokraten in Hessen befürworten einen aufgeklärten und verantwortungsvollen Umgang mit Drogen. In diesem Zusammenhang unterstützen wir die Politik der Bundesregierung vollumfänglich. Das Cannabisgesetz ermöglicht eine kontrollierte Abgabe von Cannabis an Erwachsene und markiert eine Wende in der Cannabis-Politik, die zuvor auf Verbote und Kriminalisierung ausgerichtet war. Mit dieser Gesetzesänderung möchten wir über die Bundesebene den gesellschaftlichen Realitäten gerecht werden und einen verantwortungsvollen Umgang mit Cannabis ermöglichen.
2	In einem weiteren Gesetzesvorhaben ist geplant, kommunale, wissenschaftliche Modellprojekte zuzulassen, die die Auswirkungen eines komplett regulierten Cannabismarktes vom Anbau bis zum Verkauf in Fachgeschäften erforschen sollen. Wie stehen Sie zu solchen Modellprojekten in Ihrem Bundesland?	Frage 2 und 3 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet: Wir verfolgen eine Drogenpolitik, die auf wissenschaftlichen Erkenntnissen basiert und den Schwerpunkt auf Prävention und Gesundheitsschutz legt. Daher werden wir uns auf Bundesebene für die Einrichtung einer Enquete-Kommission einsetzen, die in Zusammenarbeit mit Fachleuten eine wissenschaftlich fundierte Neuausrichtung der Drogenpolitik erarbeitet. Darüber hinaus befürworten wir Modellprojekte in Hessen, die die kontrollierte Abgabe von Cannabis durchführen und evaluieren.
3	Vor Kurzem wurde die gesetzliche Grundlage für wissenschaftliche Modellprojekte geschaffen, in denen die Auswirkungen von Substanzanalysen illegaler Drogen (Drug Checking) erforscht werden sollen. Befürworten Sie dies in Ihrem Bundesland? Würden Sie ggf. solche Projekte aus Landesmitteln fördern?	
4	Cannabiskonsumenten werden sowohl bei der Definition einer Rauschfahrt (THC Grenzwert) als auch bei der Überprüfung der Fahreignung (z.B. MPU-Anordnung) benachteiligt. Setzen Sie sich für eine Gleichbehandlung von Cannabis- und Alkoholkonsumenten im Straßenverkehr ein?	Die Diskussion des Bundestags über eine mögliche Gleichstellung von Cannabis und Alkohol ist derzeit noch nicht abgeschlossen. Vorab möchten wir diesem Zusammenhang jedoch Bezug nehmen auf die Aussage von Dr. Renate Zunft, der Leitenden Ärztin des Medizinisch-Psychologischen Instituts beim TÜV Nord. Sie betont, dass eine solche Gleichstellung aus pharmakologischer Sicht nicht möglich ist. Dies liegt daran, dass der THC-Gehalt in Cannabis überwiegend nicht bekannt ist und die aufgenommene Menge stark von der Konsumart und der Erfahrung des Konsumenten abhängt. Darüber hinaus führt der Konsum von Cannabis zu zusätzlicher Unsicherheit aufgrund der unbekanntem Wirkstoffmenge.

	F	A
5	<p>Der reine Besitz von Cannabis – ohne einen Bezug zum Straßenverkehr – wird häufig von der Polizei an die Führerscheinstellen gemeldet. Wie wird dies in Ihrem Bundesland gehandhabt und wollen Sie an dieser Praxis festhalten?</p>	<p>Nach der Verabschiedung des Cannabisgesetzes werden wir die bestehende Praxis der Meldung von Cannabisbesitz ohne Bezug zum Straßenverkehr an die Führerscheinstellen überprüfen und gegebenenfalls anpassen, um sicherzustellen, dass sie im Einklang mit den neuen gesetzlichen Regelungen steht. Unsere Zielsetzung bleibt dabei, eine ausgewogene und verantwortungsvolle Drogenpolitik zu fördern, die die Sicherheit im Straßenverkehr gewährleistet und gleichzeitig die individuellen Umstände angemessen berücksichtigt sowie präventive Maßnahmen ermöglicht. Die genauen Anpassungen und Verfahren werden in Übereinstimmung mit den neuen Gesetzesvorgaben entwickelt.</p>
6	<p>Welche drogenpolitischen Initiativen gab es von Ihrer Fraktion in der aktuellen Legislaturperiode? (Bitte listen Sie Anträge, Anfragen etc. konkret und mit Link auf, damit wir Ihre parlamentarische Arbeit besser einschätzen können!)</p>	<p>Wir Freie Demokraten haben zwei Initiativen in Form der kleinen Anfragen (20/8493 und 20/8492) mit dem Titel Kontrollierte Abgabe von Cannabis in Hessen I und II eingereicht.</p>
7	<p>Welche Initiativen planen Sie in der nächsten Legislaturperiode?</p>	<p>In Bezug auf die Suchtpolitik planen wir Freie Demokraten für die kommende Legislaturperiode verschiedene Initiativen. Ein Hauptziel besteht darin, ausreichend qualifizierte Einrichtungen für die Therapie von Abhängigen sicherzustellen. Dies umfasst auch die Schaffung von szenenahen Anlaufstellen, die Therapieberatung und medizinische Versorgung anbieten, um sicherzustellen, dass Abhängige leichter Zugang zu Hilfe erhalten.</p> <p>Wir sind der Überzeugung, dass akzeptanzorientierte Einrichtungen, die Schwerstabhängigen Überlebenshilfe bieten und oft als niedrigschwellige Anlaufstellen für spätere Therapieaufenthalte dienen, erhalten bleiben sollten.</p> <p>Darüber hinaus werden wir unsere Bemühungen verstärken, um auf neue Suchtformen oder -substanzen angemessen zu reagieren. Hierzu zählen synthetische Drogen wie Crystal Meth, die Problematik der Internet- und Spielsucht sowie das Koma-Trinken. Die steigende Anzahl von Betroffenen in diesen Bereichen erfordert geeignete Präventions- und Hilfsmaßnahmen.</p> <p>Wir legen auch großen Wert auf präventive Maßnahmen zur Aufklärung und Beratung, die bereits in Hessen vorhanden sind. Diese Maßnahmen unterstützen wir nachdrücklich, da sie dazu beitragen, dass Suchtbehandlungen so wenig wie möglich notwendig werden. Unsere Zielsetzung ist es, umfassende Unterstützung und Aufklärung anzubieten, um Menschen vor den Gefahren von Sucht zu bewahren.</p>
8	<p>Wie stehen Sie grundsätzlich zur vollständigen Legalisierung von Cannabis, also einer bundesweiten, vollständigen Regulierung des existierenden</p>	<p>Wir befürworten eine kontrollierte Abgabe von Cannabis an Erwachsene, wie es von der Bundesregierung in ihrem 2-Säulen-Modell vorgeschlagen wurde. Dies beinhaltet eine stärkere Regulierung des Marktes, die Gewährleistung von Qualitätsstandards, den Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher sowie Präventionsmaßnahmen. Die Erfahrungen aus Ländern</p>

F		A
	Cannabismarktes wie z.B. in Kanada?	wie Kanada und anderen, die eine vollständige Legalisierung umgesetzt haben, können in diese Diskussion einfließen. Wir sind hierbei offen für eine breite Debatte und stehen für eine verantwortungsvolle Drogenpolitik, die auf Fakten und wissenschaftlichen Erkenntnissen basiert.